DIW Wochenbericht

28 2023

Wirtschaft. Politik. Wissenschaft. Seit 1928

DIW BERLIN

381 Bericht von Herbert Brücker, Andreas Ette, Markus M. Grabka, Yuliya Kosyakova, Wenke Niehues, Nina Rother, C. Katharina Spieß, Sabine Zinn, Martin Bujard, Jean Philippe Décieux, Amrei Maddox, Sophia Schmitz, Silvia Schwanhäuser, Manuel Siegert und Hans Walter Steinhauer

Geflüchtete aus der Ukraine: Knapp die Hälfte beabsichtigt längerfristig in Deutschland zu bleiben

- Ergebnisse der zweiten Befragung von ukrainischen Geflüchteten
- Zunehmender Anteil beabsichtigt längerfristig in Deutschland zu bleiben – Rund 18 Prozent sind erwerbstätig, Erwerbsabsicht hoch
- Mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten und schnelle Entscheidung über Verlängerung des Aufenthaltsrechts nötig

394 Interview mit Markus M. Grabka

398 Kommentar von Katharina Wrohlich

Kürzt das Ehegattensplitting statt das Elterngeld!

RÜCKBLENDE

DIW WOCHENBERICHT VOR 70 JAHREN

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft um die Jahresmitte 1953

Die westliche Weltwirtschaft steht noch in dem Umstellungsprozeß von einer besonders starken Expansion, die zunächst von dem Nachkriegsinvestitionsbedarf und danach von den steigenden Rüstungsausgaben und Rüstungsinvestitionen getragen wurde, auf ein langsameres, durch den Produktivitätszuwachs und den Zuwachs an Arbeitskräften nach oben begrenztes Wachstum. Bei diesem Umstellungsprozeß, in dessen Verlauf vor allem der letzte Verbrauch steigen müßte, sind größere Schwierigkeiten bisher nicht aufgetreten. Vor allem die hohen amerikanischen Auslandszahlungen haben akute Zahlungsbilanzkrisen aufgehalten; sie bildeten in einzelnen Ländern sogar die Grundlage für die anhaltende Expansion. Die ab Herbst 1952 wieder einsetzende Belebung im Verbrauchsgüterbereich in den meisten Industrieländern hat zusammen mit einkommensexpandierenden Maßnahmen und einer steigenden Konsumfinanzierung das Niveau der Verbrauchsausgaben immerhin schon so stark erhöht, daß die Investitionstätigkeit nach Abflauen der typischen Aufschwungs- und Rüstungsinvestitionen bislang im ganzen noch nicht zurückgegangen ist und zum Teil neue Anregungen erfahren hat. Insbesondere bewegen sich gerade in den Vereinigten Staaten von Amerika Erzeugung und Verbrauch auf einem sehr hohen Niveau, und nicht zuletzt dadurch stehen die Länder der übrigen westlichen Welt zurzeit wieder im Zeichen der internationalen Auswirkungen der amerikanischen Hochkonjunktur.

Aus dem Wochenbericht Nr. 28/29 vom 11. Juli 1953

IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200
90. Jahrgang 12. Juli 2023

Herausgeberinnen und Herausgeber
Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion
Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

Lektorat
Dr. Johannes Geyer

Redaktion
Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Ulrike Fokken; Petra Jasper; Kevin Kunze; Sandra Tubik

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Telefon: +49 781 639 67 20

Gestaltung
Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter **www.diw.de/newsletter**

DIW Wochenbericht 28 2023

AUF EINEN BLICK

Geflüchtete aus der Ukraine: Knapp die Hälfte beabsichtigt längerfristig in Deutschland zu bleiben

Von Herbert Brücker, Andreas Ette, Markus M. Grabka, Yuliya Kosyakova, Wenke Niehues, Nina Rother, C. Katharina Spieß, Sabine Zinn, Martin Bujard, Jean Philippe Décieux, Amrei Maddox, Sophia Schmitz, Silvia Schwanhäuser, Manuel Siegert und Hans Walter Steinhauer

- Ergebnisse der zweiten Befragungswelle der Studie „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland (IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung)“ von Beginn des Jahres 2023
- Zunehmender Anteil ukrainischer Geflüchteter beabsichtigt längerfristig in Deutschland zu bleiben – Rund drei Viertel haben private Unterkunft gefunden
- Etwa ein Fünftel geht einer Erwerbstätigkeit nach, Erwerbsabsichten für nähere Zukunft sind aber deutlich höher – Bisher absolvieren viele Geflüchtete noch Integrations- und Sprachkurse
- Nur rund sechs von zehn Kindern von drei bis sechs Jahren sind in einer Kindertagesbetreuung
- Kinderbetreuung sollte ausgebaut werden, um Sprachkursbesuch und Weg in Beschäftigung für Mütter zu erleichtern – Schnelle Entscheidung über Verlängerung des Aufenthaltsrechts nötig

Fast die Hälfte der nach Deutschland geflüchteten Ukrainer*innen beabsichtigt längerfristig zu bleiben

Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland“, zweite Befragungswelle.

© DIW Berlin 2023

ZITAT

„Die Ergebnisse der zweiten Befragung ukrainischer Geflüchteter sind ermutigend. Ihre gesellschaftliche Teilhabe hat zuletzt deutliche Fortschritte gemacht. Allerdings muss ihnen auch Planungssicherheit über den März 2024 hinaus gegeben werden, wie und ob sie ihren weiteren Aufenthalt in Deutschland weiter planen und gestalten können.“

— Markus M. Grabka —

MEDIATHEK

Audio-Interview mit Markus M. Grabka
www.diw.de/mediathek

Geflüchtete aus der Ukraine: Knapp die Hälfte beabsichtigt längerfristig in Deutschland zu bleiben

Von Herbert Brücker, Andreas Ette, Markus M. Grabka, Yuliya Kosyakova, Wenke Niehues, Nina Rother, C. Katharina Spieß, Sabine Zinn, Martin Bujard, Jean Philippe Décieux, Amrei Maddox, Sophia Schmitz, Silvia Schwanhäuser, Manuel Siegert und Hans Walter Steinhauer

ABSTRACT

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat eine große Fluchtbewegung ausgelöst. Allein nach Deutschland sind seit Kriegsbeginn über eine Million Menschen gekommen. Auf Grundlage der zweiten Befragungswelle der Studie „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland (IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung)" zeigt sich, dass zu Beginn des Jahres 2023 ein zunehmender Anteil der ukrainischen Geflüchteten beabsichtigt längerfristig in Deutschland zu bleiben. Rund drei Viertel haben eine private Unterkunft gefunden, ein ähnlich großer Anteil hat bereits an Deutschkursen teilgenommen oder ist aktuell noch dabei. 18 Prozent der 18- bis 64-Jährigen gehen einer Erwerbstätigkeit nach – von den anderen wollen dies über zwei Drittel sofort oder innerhalb des kommenden Jahres tun. Während fast alle geflüchteten Kinder und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter eine allgemein- oder berufsbildende Schule in Deutschland besuchen, sind nur rund sechs von zehn Kindern zwischen drei und sechs Jahren in einer Kindertagesbetreuung (KiTa). Zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe und angesichts des hohen Anteils von Müttern unter den Geflüchteten sollten insbesondere Möglichkeiten zur Kinderbetreuung verbessert werden, um unter anderem die Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen und den Weg in Beschäftigung zu erleichtern. Zudem ist es zentral, schnell eine Entscheidung über die Verlängerung des bis zum März 2024 befristeten Aufenthaltsrechts herbeizuführen und damit Rechts- und Planungssicherheit zu schaffen.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat eine der größten Fluchtbewegungen in der Nachkriegszeit ausgelöst. Allein nach Deutschland sind seit Februar 2022 rund eine Million Menschen aus der Ukraine geflüchtet. Ziel dieser Studie ist es, die Ankunft der Geflüchteten in Deutschland und verschiedene Aspekte ihrer sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe zu untersuchen. Hierzu werden unterschiedliche Dimensionen wie Bleibeabsichten, Spracherwerb, Integration in den Arbeitsmarkt und die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen analysiert. Datengrundlage ist die Befragung „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland (IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung)", ein gemeinsames Projekt des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), des Forschungszentrums des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) und des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) im DIW Berlin. Die Kooperationspartner haben bereits im Spätsommer 2022 eine große repräsentative Zufallsstichprobe von ukrainischen Geflüchteten gezogen und befragt. Die Befragung ist als Längsschnittstudie angelegt – das bedeutet, dass die Personen wiederholt befragt werden. Im Folgenden werden die Ergebnisse der zweiten Befragungswelle zu Beginn des Jahres 2023 vorgestellt (Kasten).[1]

Nur ein geringer Teil der Geflüchteten ist bisher in die Ukraine zurückgekehrt

Die Stichprobe umfasst Personen, die in den ersten Monaten des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine – zwischen dem 24. Februar 2022 und Anfang Juni 2022 – nach Deutschland geflohen sind. In diesem Zeitraum haben rund 811 000 Ukrainer*innen in Deutschland Schutz gesucht, das entspricht rund 80 Prozent der seit Kriegsausbruch

1 Zu den Befunden der ersten Befragungswelle siehe Herbert Brücker et al. (2023): Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland: Ergebnisse der ersten Welle der IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung. IAB-Forschungsbericht 2/2023 (online verfügbar; abgerufen am 3. Juli 2023. Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2023-28-1

Kasten

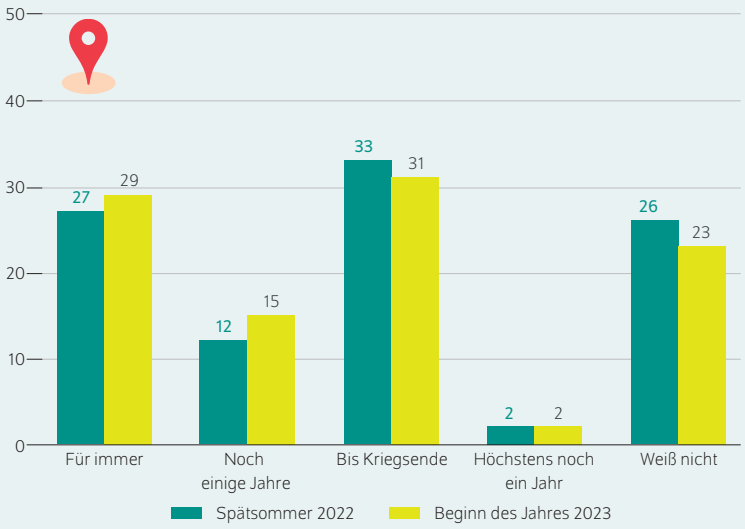
IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung

Die präsentierten Ergebnisse beruhen auf der im Jahr 2022 erstmals durchgeführten Studie „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland (IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung)". In der Studie wurden ukrainische Geflüchtete im Alter von 18 bis 70 Jahren befragt, die zwischen dem 24. Februar und 8. Juni 2022 nach Deutschland eingereist sind und von den Einwohnermeldeämtern registriert wurden. An der ersten Erhebung im Zeitraum von Ende August bis Anfang Oktober 2022 nahmen insgesamt 11 225 Ukrainer*innen in 100 Gemeinden in ganz Deutschland teil. In der darauffolgenden zweiten Befragungswelle, die in der Zeit von Mitte Januar bis Anfang März 2023 stattfand, wurden 6 754 Ukrainer*innen erneut befragt, von denen 6 581 nach wie vor in Deutschland lebten. Beide Erhebungen wurden vom *infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft* durchgeführt. Der Fragebogen stand online und in Papierform sowie in ukrainischer und russischer Sprache zur Verfügung. Mehr als 80 Prozent der Teilnehmenden der zweiten Befragung haben den Fragebogen online und zwei Drittel in ukrainischer Sprache ausgefüllt. Von den befragten Personen waren in beiden Wellen etwas mehr als 80 Prozent Frauen; das durchschnittliche Alter lag bei knapp 40 Jahren. Durch Verwendung von Gewichten ist die Stichprobe repräsentativ für die zum Zeitpunkt der zweiten Befragung weiterhin in Deutschland lebenden ukrainischen Geflüchteten der Grundgesamtheit.

Abbildung 1

Bleibeabsichten nach Deutschland geflüchteter Ukrainer*innen

Anteile in Prozent



Anmerkungen: Die Stichprobe umfasst 6 310 befragte Personen. Gewichtete Werte.

Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland", erste (Spätsommer 2022) und zweite Befragungswelle (Beginn des Jahres 2023).

© DIW Berlin 2023

Der Anteil der Geflüchteten, die längerfristig in Deutschland bleiben wollen, hat zugenommen.

zugezogenen ukrainischen Bevölkerung.[2] Vor dem Hintergrund der andauernden Kriegshandlungen hat nur ein vergleichsweiser kleiner Teil der Geflüchteten Deutschland – meist in Richtung Ukraine – wieder verlassen. Daten des Ausländerzentralregisters (AZR) zeigen, dass von den Ukrainer*innen im Alter von 18 bis 70 Jahren, die in diesem Zeitraum nach Deutschland eingereist sind, rund 93 Prozent Ende Februar 2023 nach wie vor in Deutschland registriert waren. Gleichzeitig können sich die Bleibeabsichten der in Deutschland lebenden Geflüchteten aufgrund von Änderungen der individuellen Lebenssituation oder der Situation im Herkunftsland ändern. Es ist von zentraler Bedeutung, die Bleibeabsichten ukrainischer Geflüchteter zu kennen, um geeignete Integrationsmaßnahmen und – sollte sich die Lage in der Ukraine entspannen – Rückkehrunterstützung planen und umsetzen zu können.

Knapp die Hälfte der Geflüchteten beabsichtigt längerfristig in Deutschland zu bleiben

Der Anteil der Geflüchteten, die längerfristig – also noch einige Jahre oder für immer – in Deutschland bleiben wollen, hat zwischen den beiden Befragungswellen um fünf Prozentpunkte auf nunmehr 44 Prozent zu Beginn des Jahres 2023 zugenommen (Abbildung 1). Im Gegenzug sind die Anteile derjenigen, die bis zum Kriegsende in Deutschland bleiben möchten beziehungsweise die sich in diesem Punkt unsicher sind, leicht von 33 auf 31 beziehungsweise von 26 auf 23 Prozent gesunken.

Großes Interesse an transnationalen Lebensformen

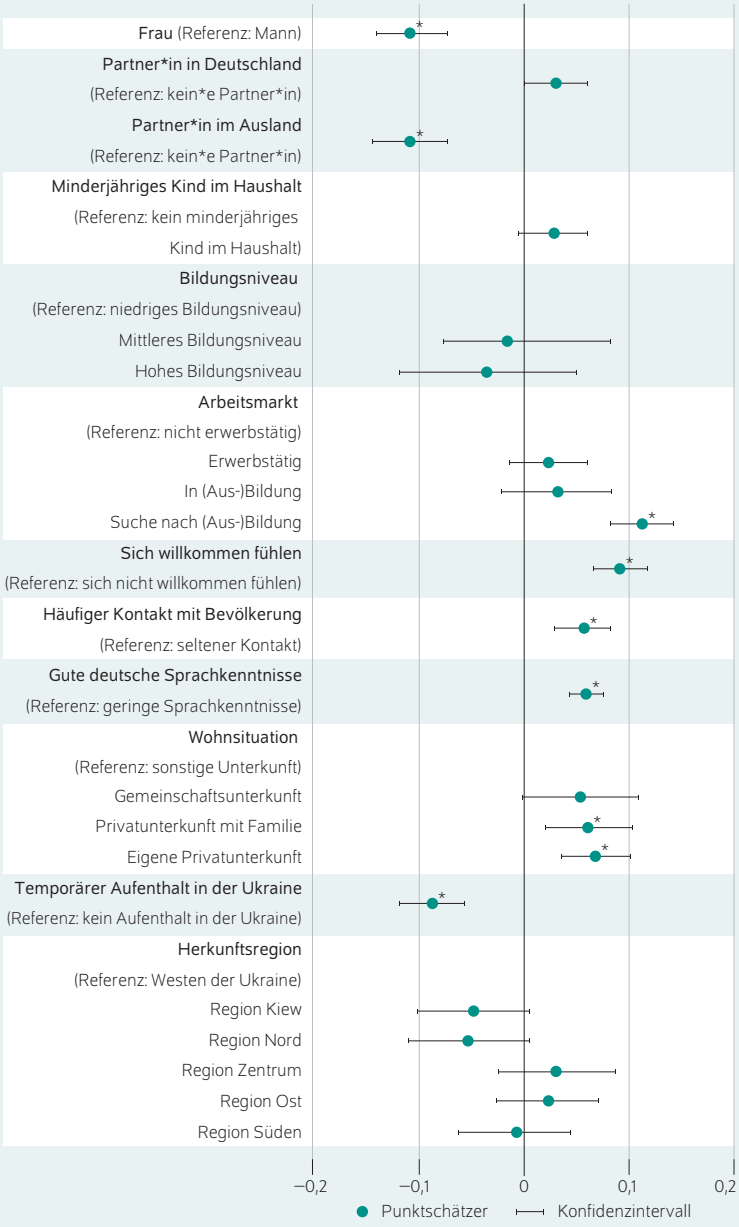
Geflüchtete, die nicht beabsichtigen für immer in Deutschland zu bleiben, wurden nach ihren weiteren Plänen gefragt. Auch wenn mit 38 Prozent ein großer Teil dieser Geflüchteten eine vollständige Rückkehr in die Ukraine plant, gibt eine ähnlich große Gruppe (30 Prozent) an, künftig engen Kontakt nach Deutschland aufrecht erhalten und zeitweise auch hier leben zu wollen (29 Prozent sind noch unsicher und drei Prozent beabsichtigen in ein anderes Land umzuziehen). Solche transnationalen Lebensformen, bei denen sich das Leben meist in mehr als einem Land abspielt, sind auch von anderen Migrant*innengruppen bekannt.[3]

2 Insgesamt sind rund eine Million Ukrainer*innen 2022 nach Deutschland geflüchtet, über 80 Prozent in den ersten Monaten bis Juni 2022. Vgl. UNHCR (2023): Operational Data Portal: Ukraine Refugee Situation (online verfügbar).

3 Peggy Levitt und B. Nadya Jaworsky (2007): Transnational Migration Studies: Past Developments and Future Trends. Annual Review of Sociology 33, 129–156; Thomas Faist, Margit Fauser und Eveline Reisenauer (2013): Transnational Migration. Cambridge: Polity Press.

Abbildung 2

Zusammenhang zwischen Bleibeabsicht[1] und ausgewählten Merkmalen geflüchteter Ukrainer*innen
Durchschnittliche marginale Effekte in Prozentpunkten



1 Hier berücksichtigt wurde die Angabe, „für immer" in Deutschland bleiben zu wollen.

Anmerkungen: Binäres logistisches Regressionsmodell. Weitere Kontrollvariablen sind das Alter, der Interviewmodus, die Aufenthaltsdauer in Deutschland, der Zeitpunkt des Interviews und das Bundesland. * beschreibt die statistische Signifikanz auf dem Fünf-Prozent-Niveau. Die horizontalen Linien stellen ein 95-Prozent-Konfidenzintervall dar. Dieses besagt, dass in 95 Prozent der Fälle der tatsächliche Wert in diesem Intervall liegt. Je enger das Intervall, desto genauer ist der geschätzte Wert. Die Stichprobe umfasst 5 929 befragte Personen. Gewichtete Werte.

Lesebeispiel: Frauen haben eine um elf Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit, für immer in Deutschland bleiben zu wollen, als Männer.

Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland", zweite Befragungswelle (Beginn des Jahres 2023).

© DIW Berlin 2023

Die Lebenssituation und die soziale Integration in Deutschland spielen eine große Rolle für die Bleibeabsicht.

Enger Zusammenhang zwischen Bleibeabsichten und der familiären Situation sowie der sozialen Integration

Bleibe- und Rückkehrabsichten unterscheiden sich stark zwischen den Geflüchteten. Die Ergebnisse einer Regressionsanalyse zeigen, dass der familiären Situation eine wichtige Rolle für die Bleibeabsichten zukommt (Abbildung 2).[4] Geflüchtete, deren Partner*in im Ausland lebt, haben eine um elf Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit als Singles, für immer in Deutschland bleiben zu wollen. Kinder scheinen keinen signifikanten Einfluss auf die Bleibeabsichten zu haben, wohingegen Frauen eine um elf Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit haben, für immer in Deutschland bleiben zu wollen.

Deutliche Zusammenhänge bestehen auch zwischen den Bleibeabsichten und der aktuellen beziehungsweise erwarteten Lebenssituation sowie der sozialen Integration im Zielland, wie sie auch von anderen Migrant*innengruppen bekannt sind.[5] Geflüchtete auf (Aus-)Bildungssuche haben eine um elf Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, für immer in Deutschland bleiben zu wollen, als nicht erwerbstätige Personen. Auch bessere Deutschkenntnisse hängen positiv mit der Absicht zusammen, für immer in Deutschland bleiben zu wollen. Einerseits können gute Deutschkenntnisse eine dauerhafte Bleibeabsicht motivieren. Andererseits ist auch plausibel, dass Personen mit einer dauerhaften Bleibeabsicht mehr Zeit in das Lernen der neuen Sprache investieren und somit bessere Deutschkenntnisse aufweisen. Weiterhin zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen der Zeit, die mit Deutschen verbracht wird, sowie dem Willkommensgefühl und einer dauerhaften Bleibeabsicht. Unterschiede bestehen auch hinsichtlich der Wohnsituation: Personen, die aktuell in privaten Unterkünften leben, haben häufiger dauerhafte Bleibeabsichten als Personen in sonstigen Unterkünften, beispielsweise in Hotels oder Pensionen. Im Vergleich zu den Ergebnissen aus dem Spätsommer 2022[6] bestehen durchschnittlich knapp ein Jahr nach der Flucht nur geringe Zusammenhänge zwischen den Bleibeabsichten und der Herkunftsregion in der Ukraine. Jedoch beabsichtigen Personen, die sich seit ihrer Ankunft auch in der Ukraine aufgehalten haben, deutlich seltener dauerhaft in Deutschland zu bleiben.

4 Brücker et al. (2023), a. a. O.; Agnès Bouché und Jonna Rock (2022): Geflüchtete Frauen aus der Ukraine. Zwischen Rückkehr und Ankommen. DeZIMinutes#09; Tetyana Panchenko (2022): Anpassungsstrategien der Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland. Ergebnisse einer qualitativen Studie. ifo Schnelldienst 75, 58–62. Es ist zu beachten, dass Regressionsergebnisse lediglich deskriptive Zusammenhänge beschreiben und nicht kausal interpretiert werden können.

5 Thomas de Vroome und Frank van Tubergen (2014): Settlement Intentions of Recently Arrived Immigrants and Refugees in the Netherlands. Journal of Immigrant & Refugee Studies, 12(1), 47–66; Nawras Al Husein und Natascha Wagner (2023): Determinants of Intended Return Migration among Refugees: A Comparison of Syrian Refugees in Germany and Turkey. International Migration Review, 1–35.

6 Brücker et al. (2023), a. a. O.; UNHCR (2023): Lives on Hold: Intentions and Perspectives of Refugees from Ukraine. Regional Intentions Report #3, Februar 2023.

Hohe Umzugsmobilität innerhalb Deutschlands

Die Unterbringung von Geflüchteten kann die Kommunen vor große Herausforderungen stellen. Informationen über die aktuelle Wohnsituation und etwaige Umzüge sind deshalb von hoher Relevanz für die Wohnungs- und Integrationspolitik. In den rund sechs Monaten zwischen der ersten und zweiten Befragungswelle sind mit 19 Prozent fast ein Fünftel der Geflüchteten aus der Ukraine innerhalb der Bundesrepublik umgezogen.

Die überwiegende Mehrheit (90 Prozent) ist innerhalb der gleichen Stadt oder Gemeinde umgezogen; nur rund zehn Prozent sind in eine andere Gemeinde oder Stadt gezogen. Gut jede zweite Person (52 Prozent) gibt an, umgezogen zu sein, da sie eine passendere Unterkunft gefunden hat. Zuweisungen durch Behörden werden von 14 Prozent als Umzugsanlass genannt.[7]

Mehrheit lebt in privaten Unterkünften – Tendenz steigend

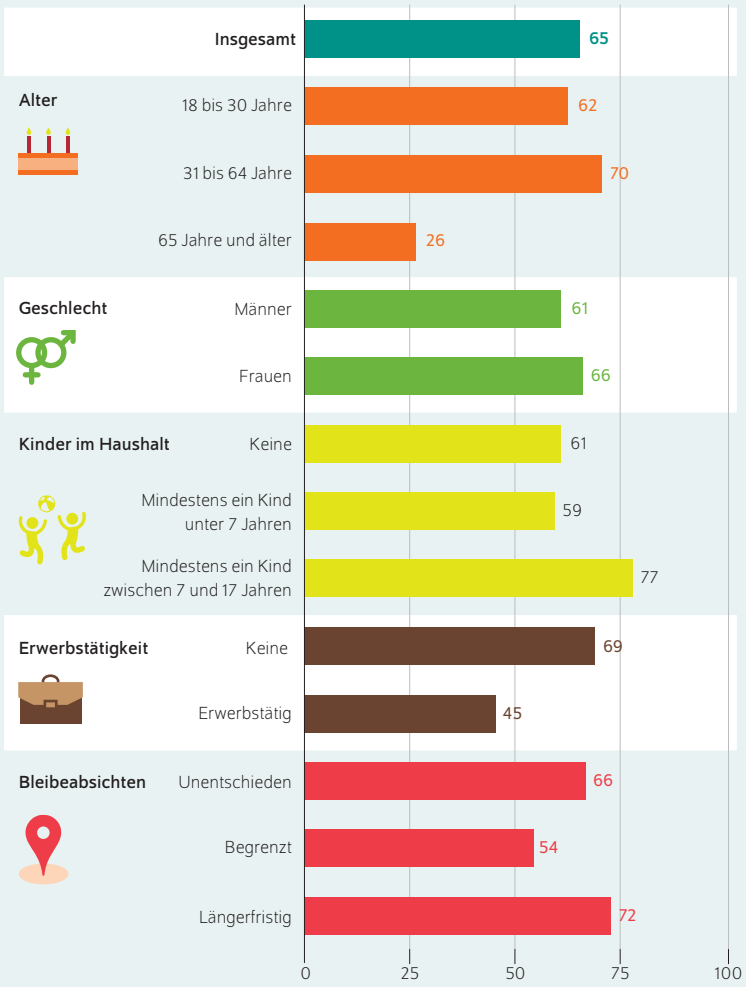
Zum Zeitpunkt der ersten Befragung lebte bereits die deutliche Mehrheit in privaten Wohnungen oder Häusern (74 Prozent). Etwa ein Fünftel (17 Prozent) der Geflüchteten wohnte in einer sonstigen Unterkunft (zum Beispiel Hotels oder Pensionen) und nur knapp jede*r Zehnte (neun Prozent) in einer Gemeinschaftsunterkunft.[8] Geflüchtete in Gemeinschafts- und sonstigen Unterkünften sind in der Zwischenzeit häufiger umgezogen. Hierdurch hat der Anteil derjenigen in privaten Wohnungen oder Häusern weiter zugenommen (auf 79 Prozent). Die Anteile der Personen in Gemeinschaftsunterkünften (acht Prozent) oder sonstigen Unterkünften (13 Prozent) haben entsprechend abgenommen.

Drei Viertel der ukrainischen Geflüchteten haben Deutschkurse besucht

Um sich in Deutschland zurechtzufinden, soziale Kontakte zu knüpfen und leichter Zugang zum Arbeits- oder Ausbildungsmarkt zu erhalten, sind deutsche Sprachkenntnisse entscheidend.[9] Wie auch anderen Geflüchteten blieb den Menschen aus der Ukraine in der Regel vor ihrer Flucht keine Zeit, die deutsche Sprache zu erlernen, so dass der Anteil mit guten oder sehr guten Deutschkenntnissen beim Zuzug sehr gering war.[10] Ein wichtiges Instrument, um die deutsche Sprache zu erlernen, ist der Besuch von Sprachkursen. Bei der Befragung im Herbst 2022 war die Hälfte (51 Prozent) der ukrainischen Geflüchteten dabei, einen Deutschkurs zu besuchen oder hatte bereits mindestens einen Kurs abgeschlossen. Bis Beginn des Jahres 2023 ist dieser Anteil auf drei Viertel gestiegen. Zu diesem Zeitpunkt nehmen 65 Prozent an einem Sprachkurs teil, weitere zehn Prozent haben einen Kurs abgeschlossen. Mit 59 Prozent besucht hierbei die Mehrheit einen Sprachkurs oder hat einen solchen abgeschlossen, weitere elf Prozent haben zwei Sprachkurse absolviert und fünf Prozent sogar drei oder mehr Sprachkurse. Am häufigsten nahmen die Geflüchteten an Integrationskursen teil (87 Prozent), gefolgt von anderen Sprachkursen (zwölf Prozent), Erstorientierungskursen (acht Prozent), Berufssprachkursen (drei Prozent) sowie

Abbildung 3

Teilnahme nach Deutschland geflüchteter Ukrainer*innen an Integrationskursen bis Beginn des Jahres 2023
Anteile in Prozent



Anmerkung: Gewichtete Werte.

Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland", zweite Befragungswelle (Beginn des Jahres 2023).

© DIW Berlin 2023

Personen ab 65 Jahren besuchen deutlich seltener Integrationskurse als jüngere Geflüchtete.

7 Der verbleibende Anteil sind Geflüchtete, die sonstige nicht näher spezifizierte Gründe angegeben haben (28 Prozent).

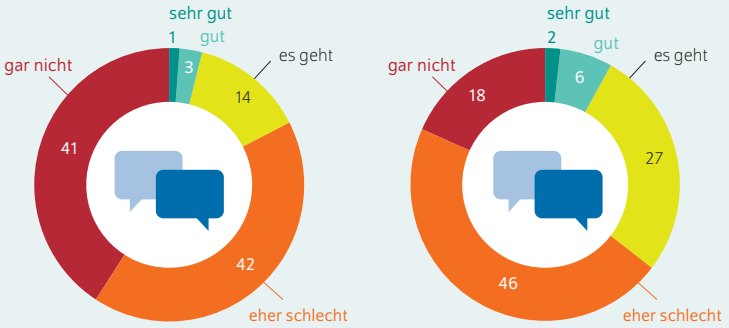
8 Brücker et al. (2023). a. a. O.

9 Yuliya Kosyakova et al. (2021): Arbeitsmarktintegration in Deutschland: Geflüchtete Frauen müssen viele Hindernisse überwinden. IAB-Kurzbericht, 8 (online verfügbar); Wenke Niehues, Nina Rother und Manuel Siegert (2021): Vierte Welle der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten. Spracherwerb und soziale Kontakte schreiten bei Geflüchteten voran. BAMF-Kurzanalyse, 4 (online verfügbar).

10 Niehues et al. (2021), a. a. O.; Brücker et al. (2023), a. a. O.

Abbildung 4

Selbsteingeschätzte Deutschkenntnisse nach Deutschland geflüchteter Ukrainer*innen
Anteile in Prozent



Anmerkungen: Gewichtete Werte. Geringe Differenz der Summe aller Anteile zu 100 rundungsbedingt.

Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland", erste (Spätsommer 2022) und zweite Befragungswelle (Beginn des Jahres 2023).

© DIW Berlin 2023

Die Deutschkenntnisse vieler Geflüchteter haben sich nach eigener Einschätzung seit dem Spätsommer 2022 verbessert.

MiA-Kursen („Migrantinnen im Alltag", ein Prozent).[11] Die insgesamt hohe Besuchsquote von Integrationskursen überrascht nicht, da diese bereits im März 2022 für Geflüchtete aus der Ukraine geöffnet wurden. Beziehen ukrainische Geflüchtete Leistungen über das Sozialgesetzbuch (SGB) II, können sie zudem zur Teilnahme verpflichtet werden.

Integrationskursbesuch hängt mit unterschiedlichen Faktoren zusammen

Bivariate Analysen zeigen Unterschiede im Besuch von Integrationskursen nach Altersgruppen, Geschlecht, Familiensituation, Erwerbstätigkeit sowie Bleibeabsichten (Abbildung 3). Vor allem Personen ab 65 Jahren besuchen seltener Integrationskurse als jüngere Geflüchtete. Dies mag unter anderem mit einer geringeren Teilnahmeverpflichtungsquote für ältere Geflüchtete zusammenhängen. Auch das Geschlecht und die Familiensituation sind wichtig: Bis zu Beginn des Jahres 2023 haben ukrainische Geflüchtete, die mit Kindern zwischen sieben und 17 Jahren zusammenleben, häufiger an solchen Kursen teilgenommen als Geflüchtete ohne Kinder oder mit jüngeren Kindern (bis sechs Jahre). Mögliche Erklärungen sind, dass Geflüchtete ohne minderjährige Kinder häufiger nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sind (zwölf Prozent der Personen ohne minderjährige Kinder im Haushalt sind älter als 64 Jahre) und insbesondere Personen mit jüngeren Kindern ihren Betreuungspflichten nachkommen müssen. Auch eine Erwerbstätigkeit kann aus zeitlichen Gründen einen Integrationskursbesuch erschweren, so dass nichterwerbstätige Geflüchtete häufiger einen solchen besuchen als Erwerbstätige. In Bezug auf die Bleibeabsichten zeigt sich, dass Geflüchtete mit längerfristigen („noch einige Jahre"/„für immer") oder ungewissen Absichten bis zu Beginn des Jahres 2023 häufiger einen Integrationskurs besucht haben als Personen mit zeitlich begrenzten („bis zum Ende des Krieges"/„höchstens noch ein Jahr") Bleibeabsichten, die womöglich auch weniger Anreize haben, die deutsche Sprache zu erlernen.

Deutscherwerb schreitet voran, gute Deutschkenntnisse jedoch weiterhin selten

Von Spätsommer 2022 bis zu Beginn des Jahres 2023 haben sich die Deutschkenntnisse nach eigener Einschätzung[12] verbessert (Abbildung 4). So hat sich der Anteil der Geflüchteten, die angeben, „gar nicht" der deutschen Sprache mächtig zu sein, um 23 Prozentpunkte auf 18 Prozent mehr als halbiert. Dementgegen hat der Anteil mit „eher schlechten" Deutschkenntnissen um vier Prozentpunkte zugenommen und der mit mittleren Kenntnissen („es geht") um 13 Prozentpunkte. Mit acht Prozent ist der Anteil ukrainischer Geflüchteter mit „guten" bis „sehr guten" Kenntnissen aber immer noch gering. Es ist gut möglich, dass viele Geflüchtete auch in Zukunft bemüht sein werden, ihre Deutschkenntnisse etwa im Rahmen von Sprachkursen weiter zu verbessern. Aufgrund der hohen Erwerbsorientierung unter ukrainischen Geflüchteten sowie des hohen Anteils an Personen, die einen Integrationskurs bis zu Beginn des Jahres 2023 noch nicht abgeschlossen haben (88 Prozent aller Integrationskursteilnehmenden), ist anzunehmen, dass der Besuch weiterführender Berufssprachkurse künftig zunehmen wird. Gleichzeitig können sich die Sprachkenntnisse bei vielen Geflüchteten auch durch den (beruflichen) Alltag in Deutschland verbessern.

Gruppenunterschiede bei Deutschkenntnissen nach wie vor vorhanden

Die Faktoren, die mit dem Niveau der selbsteingeschätzten Deutschkenntnisse in Zusammenhang stehen, sind in beiden Erhebungswellen sehr ähnlich und zeigen insgesamt, dass das Erlernen der deutschen Sprache nicht allen ukrainischen Geflüchteten gleich schnell gelingt.[13] Aktuell

11 Mehrfachnennungen möglich. Integrationskurse vermitteln in meist 600 Unterrichtseinheiten grundlegende Deutschkenntnisse (Zielniveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (GER)). In Berufssprachkursen können berufsbezogene Deutschkenntnisse mit den Zielniveaus B1 bis C2 GER erworben werden. In Erstorientierungskursen (EOK) werden neben Deutschkenntnissen Informationen für ein Leben in Deutschland vermittelt. In MiA-Kursen steht das Empowerment der Teilnehmerinnen im Fokus. Neben diesen vier Kursformaten besteht eine Vielzahl weiterer Kurse, die in der Befragung unter der Kategorie „andere Sprachkurse" subsummiert wurden.

12 Geflüchtete wurden gebeten, ihre eigenen Deutschkenntnisse in drei Kompetenzbereichen (Sprechen, Lesen und Schreiben) anhand einer fünfstufigen Skala einzuschätzen. Die Antwortskala reichte von „1 = gar nicht" über „2 = eher schlecht", „3 = es geht", „4 = gut" bis „5 = sehr gut". Für die deskriptiven Analysen wurde die Summe der drei Kompetenzbereiche durch die Anzahl der Items dividiert und gerundet, so dass wieder eine fünfstufige Skala entsteht. Für die multivariaten Analysen wurde die Summe der drei Kompetenzen mit einer Skala, die von null bis zwölf Punkten reicht, verwendet. Höhere Werte spiegeln jeweils bessere selbsteingeschätzte Deutschkenntnisse wider.

13 Hierfür wird in einer multivariaten Regression untersucht, welchen Einfluss verschiedene Faktoren auf die selbsteingeschätzten Deutschkenntnisse haben.

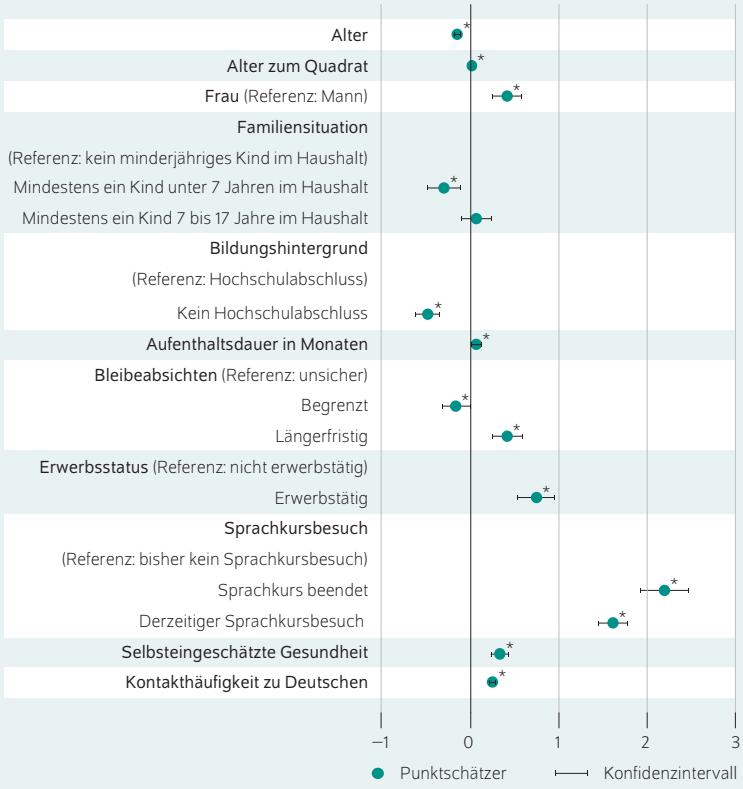
attestieren sich Geflüchtete, die einen Sprachkurs besucht haben, die ihre Gesundheit positiver beurteilen, die besser gebildet (mit Hochschulabschluss) und jünger sind, nach wie vor bessere Deutschkenntnisse (Abbildung 5). Mit höherem Lebensalter schwächt sich die Abnahme der Deutschkenntnisse ab. Eine höhere Bildung und ein jüngeres Alter mag mit einer höheren Lerngewohnheit einhergehen, so dass Jüngere und besser Gebildete mehr von den Lernangeboten innerhalb der Sprachkurse profitieren können. Eine gute Gesundheit kann sich über einen regelmäßigeren Kursbesuch sowie Lernmöglichkeiten positiv auf den Spracherwerb auswirken.

Wie aus der Forschung zum Fremdsprachenerwerb bereits bekannt ist, schätzen Frauen ihre Sprachkenntnisse höher ein als Männer.[14] Jedoch spielt die Familiensituation beim Erwerb der deutschen Sprache eine Rolle: Geflüchtete, die mit jüngeren Kindern (unter sieben Jahren) zusammen in einem Haushalt leben, schätzen ihre Sprachkenntnisse niedriger ein als Geflüchtete ohne minderjährige Kinder oder mit älteren Kindern (zwischen sieben und 17 Jahren). Grund hierfür kann die geringere Zeit zum Lernen aufgrund von Kinderbetreuungspflichten sein. Neben einer Erwerbstätigkeit steht auch der Kontakt zu Deutschen in einem positiven Zusammenhang mit den Deutschkenntnissen. Dieser Zusammenhang geht potenziell in beide Richtungen: Zum einen kann es Personen mit besseren Deutschkenntnissen leichter fallen, eine Arbeit und Kontakt zu Deutschen zu finden. Zum anderen könnten Geflüchtete durch häufigeren Kontakt und einer Erwerbstätigkeit mehr Gelegenheit haben, ihr Deutsch anzuwenden. Auch die Bleibeabsichten sind relevant: Jeweils im Vergleich zu Geflüchteten, die sich ihrer Bleibeabsichten unsicher sind, beurteilen Geflüchtete mit einer zeitlich begrenzten Bleibeabsicht ihre Deutschkenntnisse als schlechter und Geflüchtete mit einer längerfristigen Bleibeabsicht als besser. Dies spricht dafür, dass insbesondere letztere gewillt sind, Deutsch zu lernen – weil sie davon ausgehen, dass es sich für sie lohnen wird. Denkbar ist jedoch ebenfalls, dass gerade Personen mit besseren Deutschkenntnissen länger in Deutschland bleiben möchten, weil für sie Sprachbarrieren weniger markant sind.

Abbildung 5

Zusammenhang zwischen selbsteingeschätzten Deutschkenntnissen und ausgewählten Merkmalen geflüchteter Ukrainer*innen

Regressionskoeffizienten



Anmerkungen: Multivariate Regressionsanalyse. Weitere Kontrollvariable ist der Interviewmodus. * beschreibt die statistische Signifikanz auf dem Fünf-Prozent-Niveau. Die horizontalen Linien stellen ein 95-Prozent-Konfidenzintervall dar. Dieses besagt, dass in 95 Prozent der Fälle der tatsächliche Wert in diesem Intervall liegt. Je enger das Intervall, desto genauer ist der geschätzte Wert. Die Stichprobe umfasst 6 080 befragte Personen. Gewichtete Werte.

Lesebeispiel: Personen, die mit mindestens einem Kind unter sieben Jahren im Haushalt zusammenleben, schätzen – alle anderen Faktoren gleichbleibend und auf einer Skala, die von null bis zwölf Punkte reicht – ihre Deutschkenntnisse um 0,3 Punkte schlechter ein als Personen ohne minderjährige Kinder im Haushalt.

Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland", zweite Befragungswelle (Beginn des Jahres 2023).

© DIW Berlin 2023

Geflüchtete, die einen Sprachkurs besuchen oder bereits abgeschlossen haben, attestieren sich deutlich bessere Deutschkenntnisse.

18 Prozent der erwerbsfähigen Geflüchteten gehen derzeit einer Erwerbstätigkeit nach

Geflüchtete haben im Vergleich zu anderen Migrant*innen ungünstigere Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration. Bei ihrer Ankunft fehlen ihnen oft wichtige arbeitsmarktrelevante Ressourcen wie Sprachkenntnisse, persönliche Netzwerke und Informationen über den Arbeitsmarkt. Rechtliche Hindernisse wie Beschäftigungsverbote, die Ungewissheit bezüglich des Asylverfahrens und des langfristigen Aufenthaltsstatus,[15] Wohnsitzauflagen[16] sowie psychische Belastungen aufgrund traumatischer Erfahrungen erschweren die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten ebenfalls. Im Durchschnitt verläuft ihre Arbeitsmarktintegration langsamer als die von gezielt zur Erwerbsmigration nach Deutschland kommenden Migrant*innen.[17]

14 Frans W. P. van der Slik, Roeland W. N. M. van Hout und Job J. Schepens (2015): The gender gap in second language acquisition: Gender differences in the acquisition of Dutch among immigrants from 88 countries with 49 mother tongues. PloS one, 10(11).

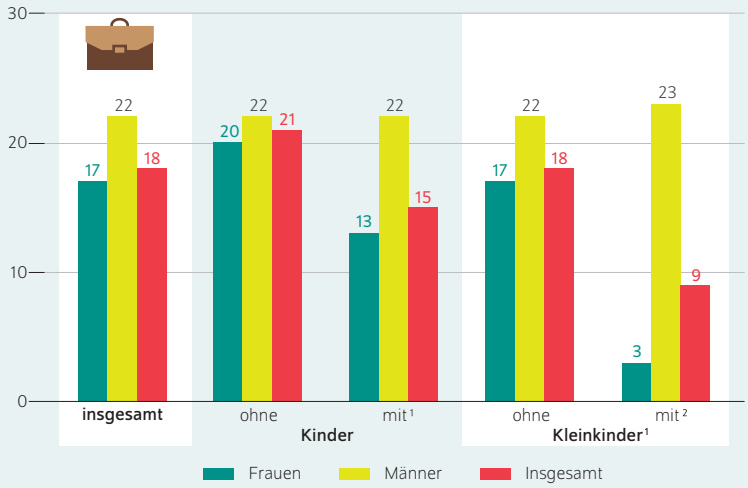
15 Yuliya Kosyakova und Hanna Brenzel (2020): The role of length of asylum procedure and legal status in the labour market integration of refugees in Germany. Soziale Welt, 71(1–2), 123–159.

16 Herbert Brücker, Andreas Hauptmann und Philipp Jaschke (2020): Beschränkungen der Wohnortwahl für anerkannte Geflüchtete: Wohnsitzauflagen reduzieren die Chancen auf Arbeitsmarktintegration. IAB-Kurzbericht, 3 (online verfügbar).

17 Yuliya Kosyakova und Irena Kogan (2022): Labor market situation of refugees in Europe: The role of individual and contextual factors. Frontiers in Political Science, 4, 1–14;

Abbildung 6

Erwerbstätigkeit geflüchteter Ukrainer*innen nach Geschlecht und Kindern im Haushalt
Anteile in Gruppe der 18- bis 64-Jährigen in Prozent



1 Nur Personen, die mit mindestens einem minderjährigen Kind im Haushalt leben.
2 Nur Personen, die mit mindestens einem Kind im Alter von zwei Jahren und jünger im Haushalt leben.

Anmerkungen: Erwerbstätigkeit ist als die Ausübung einer abhängigen oder selbständigen Tätigkeit definiert. Die Stichprobe umfasst 6 037 befragte Personen. Gewichtete Werte.

Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland", zweite Befragungswelle (Beginn des Jahres 2023).

© DIW Berlin 2023

Fast ein Fünftel der Geflüchteten aus der Ukraine war Anfang 2023 erwerbstätig.

Im Vergleich zu anderen Geflüchteten sind die rechtlichen Bedingungen für Ukrainer*innen, die befristeten Schutz erhalten haben, jedoch günstiger: Sie erhalten eine sofortige Arbeitserlaubnis und eine zunächst bis März 2024 befristete Aufenthaltserlaubnis. Durch die Integration in das Grundsicherungssystem nach dem Sozialgesetzbuch II (anstatt in das Leistungssystem nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) haben sie einen direkten Zugang zur Förderstruktur der Jobcenter und erhalten höhere Leistungen.[18] Andererseits könnten sich die hohe Ungewissheit über den Kriegsverlauf und damit die Bleibeperspektiven in Deutschland nachteilig auf die für eine gelingende Integration notwendigen Investitionen in Sprachkenntnisse, Bildung, Netzwerke und ähnliche Faktoren auswirken.[19] Zu Beginn des Jahres 2023 gehen 18 Prozent der Geflüchteten aus der Ukraine im erwerbsfähigen Alter (18 bis 64 Jahre) in Deutschland einer Beschäftigung nach.[20] Von diesen üben 39 Prozent eine Vollzeit-, 37 Prozent eine Teilzeit- und 18 Prozent eine geringfügige Tätigkeit aus. Weitere fünf Prozent befinden sich in einer Ausbildung und zwei Prozent absolvieren ein Praktikum. Von den nichterwerbstätigen Geflüchteten geben 93 Prozent an, ganz sicher (69 Prozent) oder wahrscheinlich (24 Prozent) eine Erwerbstätigkeit aufnehmen zu wollen. Von den Geflüchteten mit Erwerbsabsichten wollen 81 Prozent möglichst sofort oder innerhalb des kommenden Jahres eine Arbeit aufnehmen, weitere 19 Prozent planen, dies in den kommenden zwei bis fünf Jahren oder später zu tun.

Bei der Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern gibt es erhebliche Unterschiede

Rund die Hälfte der nach Deutschland geflüchteten Frauen aus der Ukraine im erwerbsfähigen Alter lebt gemeinsam mit minderjährigen Kindern, häufig im Vorschulalter.[21] Die Haushaltskonstellation der Frauen ist zudem häufig durch die räumliche Trennung vom Partner geprägt. Diese spezifischen familiären Konstellationen erschweren die Arbeitsmarktintegration geflüchteter ukrainischer Frauen.

Insgesamt sind zu Beginn des Jahres 2023 22 Prozent der geflüchteten Ukrainer und 17 Prozent der geflüchteten Ukrainerinnen erwerbstätig (Abbildung 6). Dabei gehen insbesondere geflüchtete Frauen mit Kleinkindern nur in geringem Umfang einer Erwerbstätigkeit nach (drei Prozent) – sie sind meist ohne Partner*in in Deutschland. Demgegenüber liegt die Erwerbsquote von Vätern mit Kleinkindern mit 23 Prozent deutlich höher. Diese sind meist mit Partner*in in Deutschland. Die Erwerbsquoten von Männern und Frauen ohne Kinder im Haushalt sind mit 22 beziehungsweise 20 Prozent hingegen nahezu gleich hoch.

Gute Deutschkenntnisse gehen mit einer höheren Erwerbsbeteiligung einher

Im Folgenden wird mit multivariaten Regressionsmodellen untersucht, welchen Einfluss verschiedene Faktoren auf die Wahrscheinlichkeit haben, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Danach bleibt das Geschlechtergefälle bei der Erwerbstätigkeit erheblich: Bei Berücksichtigung weiterer Erklärungsfaktoren haben Frauen eine um fünf Prozentpunkte geringere Erwerbswahrscheinlichkeit als Männer (Abbildung 7). Die Erwerbswahrscheinlichkeit hängt auch mit den Kindern im Haushalt sowie deren Alter zusammen: Geflüchtete mit (mindestens) einem Kind im Alter bis sechs Jahren haben eine niedrigere Erwerbswahrscheinlichkeit als diejenigen ohne Kinder oder mit älteren Kindern. Sie steigt, wenn der*die Partner*in in Deutschland lebt.

Ein positiver Zusammenhang besteht zwischen einer Erwerbstätigkeit und der Aufenthaltsdauer in Deutschland, dem Vorhandensein eines Hochschulabschlusses, der Erwerbserfahrung vor dem Zuzug und einer Unterbringung in einer privaten Unterkunft.

Der Zusammenhang zwischen der Teilnahme an Sprachkursen und der Erwerbstätigkeit von Geflüchteten ist nicht eindeutig. Einerseits zeigen sich klassische „Lock-in"-Effekte: Das heißt, dass Geflüchtete, die sich derzeit

18 Herbert Brücker et al. (2022): Die Folgen des Ukraine-Kriegs für Migration und Integration: Eine erste Einschätzung. IAB-Forschungsbericht 2/2022 (online verfügbar).

19 Brücker et al. (2023), a. a. O.

20 Das schließt Personen, die eine Vollzeit- und Teilzeit-Tätigkeit ausüben, Auszubildende, Praktikant*innen und geringfügig Beschäftigte sowie Selbstständige ein.

21 Brücker et al. (2023), a. a. O.

Tabelle

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen nach Deutschland geflüchteter Ukrainer*innen
In Euro (nominal), bedarfsgewichtet

Perzentil	Euro	Erwerbstatus	Mittelwert in Euro
10. Perzentil	380	Vollzeit	1730
25. Perzentil	530	Teilzeit/geringfügig	972
Median	750	Nicht erwerbstätig/Ausbildung	775
Mittelwert	848		
75. Perzentil	1039		
90. Perzentil	1341		

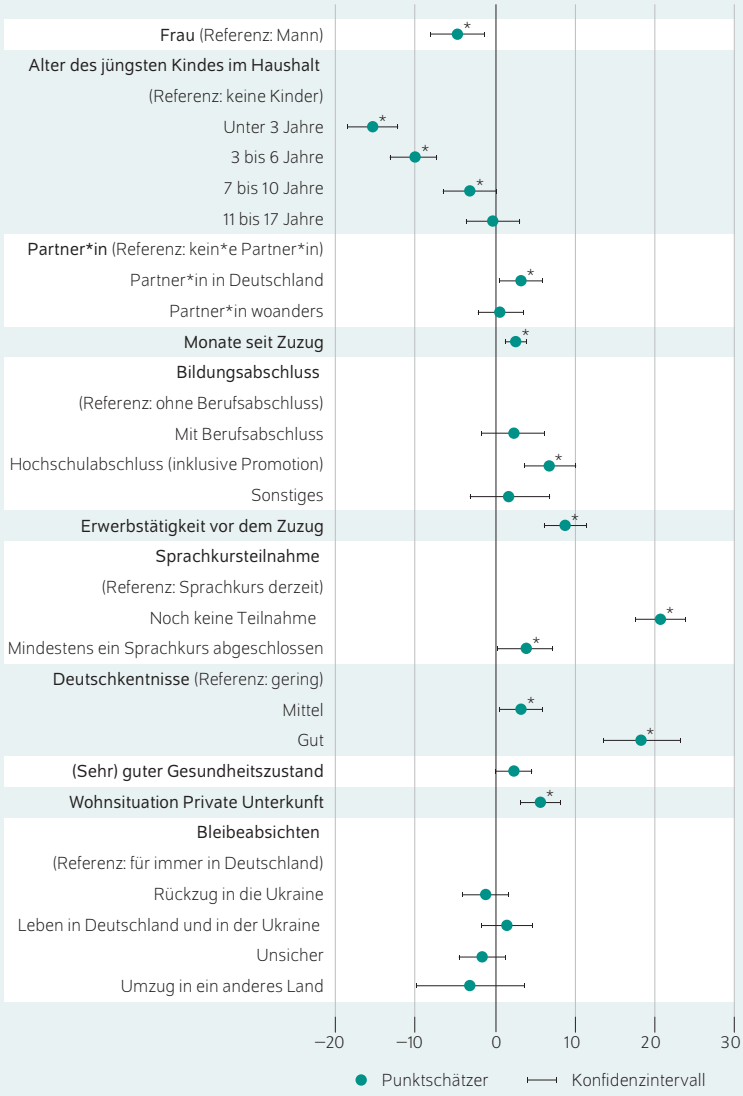
Anmerkungen: Bedarfsgewicht: Quadratwurzel der Haushaltsgröße. Nur Personen mit validen Informationen zum Einkommen und zur Haushaltsgröße (71 Prozent aller Befragten). Die Stichprobe umfasst 4 560 befragte Personen. Gewichtete Werte.

Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland", zweite Befragungswelle (Beginn des Jahres 2023).

© DIW Berlin 2023

Abbildung 7

Zusammenhang zwischen Ausübung einer Erwerbstätigkeit und ausgewählten Merkmalen geflüchteter Ukrainer*innen
Durchschnittliche Effekte in Prozentpunkten



Anmerkungen: Lineares Regressionsmodell. Weitere Kontrollvariablen sind das Alter, der Interviewmodus und Indikatorvariablen für fehlende Werte. * beschreibt die statistische Signifikanz auf dem Fünf-Prozent-Niveau. Die horizontalen Linien stellen ein 95-Prozent-Konfidenzintervall dar. Dieses besagt, dass in 95 Prozent der Fälle der tatsächliche Wert in diesem Intervall liegt. Je enger das Intervall, desto genauer ist der geschätzte Wert. Die Stichprobe umfasst 5 949 befragte Personen. Gewichtete Werte.

Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit von Frauen, erwerbstätig zu sein, ist um fünf Prozentpunkte geringer als die von Männern.

Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland", zweite Befragungswelle (Beginn des Jahres 2023).

© DIW Berlin 2023

Je jünger die Kinder, desto geringer die Erwerbswahrscheinlichkeit von Geflüchteten aus der Ukraine.

in einem Sprachkurs befinden, geringere Chancen haben, gleichzeitig erwerbstätig zu sein. Andererseits sind Geflüchtete, die noch keinen Sprachkurs besucht haben, häufiger erwerbstätig als diejenigen, die mindestens einen Kurs absolviert haben. Deutschkenntnisse stehen in einem positiven Zusammenhang mit der Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein: So sind Geflüchtete mit guten bis sehr guten Deutschkenntnissen um 18 Prozentpunkte häufiger erwerbstätig als geflüchtete Ukrainer*innen mit geringen Deutschkenntnissen. Es gibt keinen signifikanten Zusammenhang zwischen den Bleibeabsichten der Geflüchteten und ihrer Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein.

Haushaltsnettoeinkommen fallen niedrig aus

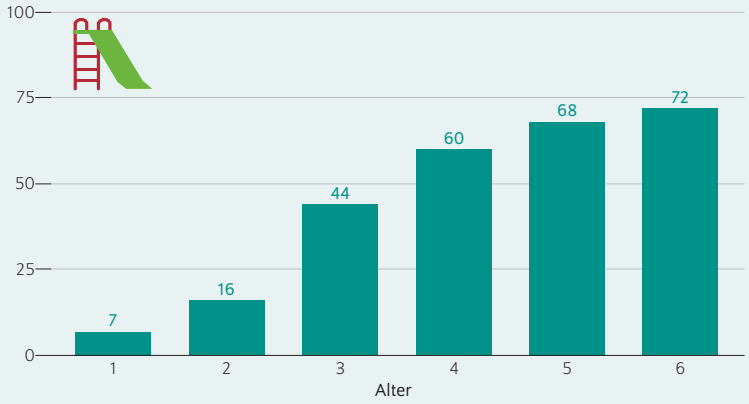
Da die Mehrheit der ukrainischen Geflüchteten bedingt durch die Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen dem Arbeitsmarkt derzeit nicht zur Verfügung steht, ist mit einem niedrigen Haushaltseinkommen zu rechnen. Bei der Befragung wurde nach dem aktuellen Haushaltsnettoeinkommen gefragt, das hauptsächlich aus Erwerbseinkommen und staatlichen Transfers besteht, nach Abzug direkter Steuern und Sozialabgaben. Um Skaleneffekte des gemeinsamen Wirtschaftens zu berücksichtigen, wird eine Bedarfsgewichtung vorgenommen, die die Haushaltsgröße berücksichtigt.[22]

Zum Zeitpunkt der Befragung belief sich das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen der ukrainischen Geflüchteten im Durchschnitt auf knapp 850 Euro pro Monat, während der Medianwert mit 750 Euro etwas niedriger ausfiel (Tabelle). Im Vergleich dazu lag der Median der

22 Die Quadratwurzel der Haushaltsgröße wurde als Bedarfsgewicht verwendet, was der modifizierten OECD-Skala entspricht. Diese Skala wird zur Beschreibung der finanziellen Situation von Privathaushalten herangezogen. Vgl. Markus M. Grabka (2022): Löhne, Renten und Haushaltseinkommen sind in den vergangenen 25 Jahren real gestiegen. DIW Wochenbericht Nr. 23, 329–337 (online verfügbar).

Abbildung 8

Nutzung von Kindertagesbetreuung nach Alter des Kindes geflüchteter Ukrainer*innen
Anteile in Prozent



Anmerkungen: Die Stichprobe umfasst 1 229 Kinder der befragten Personen bis einschließlich sechs Jahre. Gewichtete Werte.

Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland", zweite Befragungswelle (Beginn des Jahres 2023).

© DIW Berlin 2023

Je älter das Kind, desto häufiger besucht es eine Kindertagesbetreuung.

Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland im Jahr 2021 bei 1909 Euro.[23] Das Einkommen der ukrainischen Geflüchteten fällt damit im Vergleich zu dem der Bevölkerung in Deutschland insgesamt weniger als halb so hoch aus.

Bei der Unterscheidung nach Erwerbsstatus[24] zeigt sich, dass eine Beschäftigung, insbesondere in Vollzeit, die finanzielle Situation der Geflüchteten verbessert. So betrug das Haushaltsnettoeinkommen zu Beginn des Jahres 2023 durchschnittlich 1730 Euro bei einer Vollzeitbeschäftigung und knapp 1000 Euro bei einer Teilzeitbeschäftigung. Bei den nichterwerbstätigen Personen oder Personen in Ausbildung war das Einkommen mit 775 Euro entsprechend niedriger.[25]

Kinder und Jugendliche: Rund 60 Prozent der geflüchteten Kinder von drei bis sechs Jahren besuchen eine KiTa

Kinder und Jugendliche machen einen erheblichen Teil der aus der Ukraine nach Deutschland geflüchteten Schutzsuchenden aus. Etwa jede zweite geflüchtete Ukrainerin ist mit mindestens einem minderjährigen Kind nach Deutschland gekommen. Knapp jedes zweite Kind (49 Prozent) ist jünger als zehn Jahre. Mit der zweiten Befragungswelle liegen erstmalig für die drei jüngsten Kinder der Geflüchteten Informationen vor, die in der ersten Befragung nur auf Familienebene erhoben wurden.[26]

Zu Beginn des Jahres 2023 besucht rund jedes zweite geflüchtete Kind bis einschließlich sechs Jahren eine Kindertagesbetreuung (KiTa) in Deutschland, mit deutlichen Unterschieden nach dem Alter der Kinder: Während 16 Prozent der Zweijährigen in eine KiTa gehen, liegt der Anteil unter den Sechsjährigen bei rund 72 Prozent (Abbildung 8).[27] Im Vergleich zur ersten Befragungswelle hat sich die KiTa-Nutzungsquote für Familien mit nur einem Kind bis einschließlich sechs Jahren um rund sieben Prozentpunkte erhöht.

Die KiTa-Nutzung hängt mit der Erwerbstätigkeit und Sprachkursteilnahme der Eltern, insbesondere der Mütter, zusammen. Auch der Wohnort ist bedeutend: So besuchen in Ostdeutschland rund 66 Prozent der geflüchteten Kinder bis einschließlich sechs Jahren eine KiTa, in Westdeutschland sind es rund 46 Prozent. Die KiTa-Nutzungsquoten von Kindern, deren befragtes Elternteil an einem Sprachkurs teilnimmt oder teilgenommen hat beziehungsweise derzeit einer Erwerbstätigkeit oder Ausbildung nachgeht, sind um 28 beziehungsweise 18 Prozentpunkte höher als bei Kindern, auf deren Eltern dies nicht zutrifft.

Auch die multivariaten Regressionsergebnisse bestätigen den positiven Zusammenhang zwischen dem KiTa-Besuch und der Erwerbstätigkeit der Eltern sowie dem Besuch eines Sprachkurses (Abbildung 9). Diese Unterschiede sind für Kinder von erwerbstätigen oder in Sprachkursen befindlichen Müttern nochmal ausgeprägter (ohne Abbildung). Damit erscheint der KiTa-Besuch als eine wichtige Voraussetzung für die (Arbeitsmarkt-)Integration der geflüchteten Frauen mit jungen Kindern. Zudem zeigt die Forschung, dass KiTas für die Integration und Bildung der Kinder eine zentrale Rolle spielen.[28]

Von den geflüchteten Kindern und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter besuchen nahezu alle (97 Prozent) zum Befragungszeitpunkt eine allgemein- oder berufsbildende Schule in Deutschland (ohne Abbildung), was vor dem Hintergrund der Schulpflicht zu erwarten ist. 27 Prozent der Kinder und Jugendlichen in dieser Altersklasse nutzen darüber hinaus zusätzlich Online-Angebote ukrainischer Schulen.

23 Vgl. Statistisches Bundesamt (2023): A.7 Mediane und Armutsgefährdungsschwellen (online verfügbar).

24 Es wird nur der Erwerbsstatus der befragten Person berücksichtigt, ohne Berücksichtigung einer möglichen Erwerbstätigkeit anderer Haushaltsmitglieder.

25 Insgesamt berichten 86 Prozent der ukrainischen Geflüchteten, dass mindestens ein Haushaltsmitglied derzeit Bürgergeld bezieht. Unter den in Vollzeit beschäftigten Geflüchteten reduziert sich dieser Wert auf 22 Prozent.

26 Der Anteil der Geflüchteten mit mehr als drei Kindern ist sehr gering. Die nachfolgenden Auswertungen beziehen sich auf Kinder und Jugendliche in Deutschland, die mit dem befragten Elternteil in einem Haushalt leben. Kinder, die mit ihren befragten Elternteilen zurück in die Ukraine oder ein anderes Land gezogen sind, stehen nicht im Fokus dieses Abschnitts.

27 Die Nutzungsquoten liegen somit deutlich unter den bundesweiten Durchschnitten in den jeweiligen Altersgruppen, vgl. Statistisches Bundesamt (2022): Kindertagesbetreuung: Betreuungsquote von Kindern unter 6 Jahren nach Bundesländern (online verfügbar).

28 Martin Bujard et al. (2020): Geflüchtete, Familien und ihre Kinder. Warum der Blick auf die Familien und die Kindertagesbetreuung entscheidend ist. Sozialer Fortschritt, 69(8–9), 561–577.

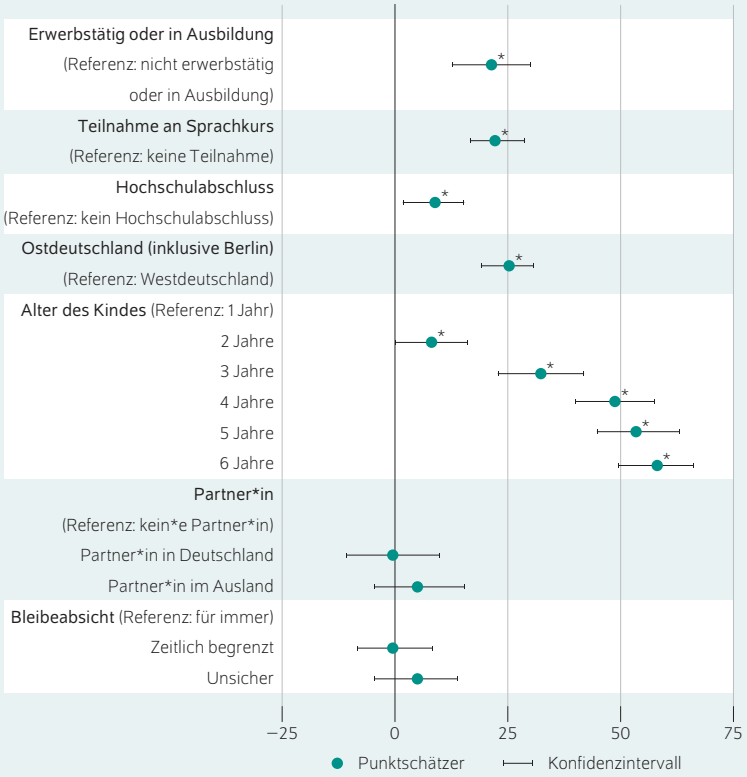
Leichte Verbesserungen im psychischen Wohlbefinden der geflüchteten Kinder und Jugendlichen

Die Erfahrungen von Krieg und Flucht, der Verlust des gewohnten sozialen Umfelds oder die Trennung von Familienangehörigen können Kinder und Jugendliche gesundheitlich belasten.[29] Um den Gesundheitszustand der Kinder und Jugendlichen zu erfassen, wurden die Eltern gebeten, eine subjektive Einschätzung des generellen Gesundheitszustands der Kinder und Jugendlichen abzugeben. Darüber hinaus wurden sie gebeten, auf Basis einer etablierten Skala (der sogenannten KINDL^R-Skala[30]) das psychische Wohlergehen ihres Kindes im Rückblick auf die letzten Wochen zu bewerten.

Zu Beginn des Jahres 2023 sind die Kinder und Jugendlichen insgesamt in einer guten bis sehr guten gesundheitlichen Verfassung: Vier von fünf Kindern und Jugendlichen haben laut Einschätzung des befragten Elternteils einen guten (55 Prozent) oder sehr guten (24 Prozent) Gesundheitszustand (Abbildung 10). Das psychische Wohlergehen der geflüchteten Kinder und Jugendlichen hat sich im Vergleich zur Befragung aus dem Spätsommer 2022 für alle Altersgruppen leicht verbessert, um durchschnittlich zwei Skalenpunkte, liegt jedoch weiterhin unter den repräsentativen Referenz- und Normwerten von Kindern und Jugendlichen in Deutschland.[31] Insgesamt ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit gutem oder sehr gutem allgemeinen Gesundheitszustand unter jüngeren Kindern (83 Prozent bei den bis zu Sechsjährigen beziehungsweise 82 Prozent bei den Sieben- bis Zehnjährigen) deutlich höher als unter den elf- bis 17-jährigen Jugendlichen (74 Prozent). Ein ähnliches altersspezifisches Bild ergibt sich auch für das psychische Wohlbefinden der Kinder und Jugendlichen. Ob der*die Partner*in des befragten Elternteils ebenfalls in Deutschland lebt, wirkt sich deutlich positiv auf den subjektiven allgemeinen Gesundheitszustand und das psychische Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen aus: Sind beide Elternteile in Deutschland, ist das psychische Wohlbefinden der Kinder und Jugendlichen rund fünf Skalenpunkte höher als bei anderen Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine. Darüber hinaus lassen sich beim subjektiven allgemeinen Gesundheitszustand – jedoch nicht beim psychischen Wohlbefinden – signifikante Unterschiede nach dem Bildungsniveau der Eltern erkennen.[32]

Abbildung 9

Zusammenhang zwischen KiTa-Nutzung und ausgewählten Merkmalen geflüchteter Ukrainer*innen
Regressionskoeffizienten



Anmerkungen: Lineare Wahrscheinlichkeitsmodelle. Weitere Kontrollvariablen sind das Alter und das Geschlecht des befragten Elternteils. * beschreibt die statistische Signifikanz auf dem Fünf-Prozent-Niveau. Die horizontalen Linien stellen ein 95-Prozent-Konfidenzintervall dar. Dieses besagt, dass in 95 Prozent der Fälle der tatsächliche Wert in diesem Intervall liegt. Je enger das Intervall, desto genauer ist der geschätzte Wert. Die Stichprobe umfasst 1 219 Kinder der befragten Personen bis einschließlich sechs Jahre. Gewichtete Werte.

Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland", zweite Befragungswelle (Beginn des Jahres 2023).

© DIW Berlin 2023

Wenn die Eltern erwerbstätig sind oder einen Sprachkurs besuchen, gehen die Kinder häufiger in eine KiTa.

Fazit: Teilhabe macht Fortschritte, benötigt aber Planungssicherheit

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges am 24. Februar 2022 sind rund eine Million Personen aus der Ukraine nach Deutschland geflohen, der Großteil bereits in den ersten Monaten nach Kriegsbeginn. Im Rahmen einer Längsschnittbefragung mit Erhebungen zu zwei Zeitpunkten (August bis Oktober 2022 und Januar bis März 2023) liegen nun zu dieser Personengruppe Erkenntnisse insbesondere über den Ankommensprozess und die Entwicklung der gesellschaftlichen Teilhabe vor. Prinzipiell zeigt sich, dass sich in verschiedenen Dimensionen die Lebensbedingungen und Teilhabechancen in dem Zeitraum von rund einem halben Jahr zwischen den beiden Befragungen verbessert haben.

29 Vgl. zum Beispiel Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz, SWK (2022): Stellungnahme zur Unterstützung geflüchteter ukrainischer Kinder und Jugendlicher – Integration in das Bildungssystem.

30 Ulrike Ravens-Sieberer und Monika Bullinger (1998): Assessing health related quality of life in chronically ill children with the German KINDL: first psychometric and content-analytical results. Quality of Life Research, 7(5), 399–407.

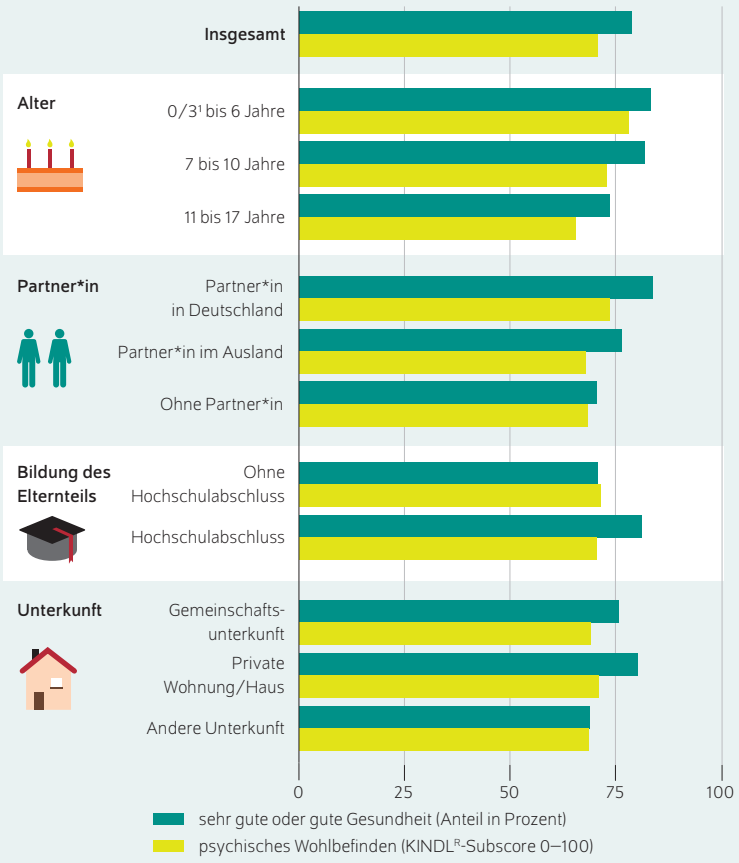
31 Das gilt, wenn man Familien mit nur einem Kind betrachtet, für andere Familien ist ein entsprechender zeitlicher Vergleich nicht ohne zusätzliche Annahmen möglich. Ulrike Ravens-Sieberer et al. (2008): Health-related quality of life in children and adolescents in Germany: results of the BELLA study. European Child & Adolescent Psychiatry, 17, 148–156

32 Alle genannten Unterschiede bleiben auch in multivariaten Regressionsmodellen unter Berücksichtigung der jeweils anderen Merkmale sowie des Geschlechts und Alter des befragten Elternteils bestehen, verlieren jedoch etwas an Bedeutung.

Abbildung 10

Subjektiver Gesundheitszustand sowie psychisches Wohlbefinden geflüchteter ukrainischer Kinder und Jugendlichen

Elternangaben in Prozent bzw. auf einer Skala von 0 bis 100



1 Angaben von null bis sechs Jahren beziehen sich auf den Gesundheitszustand. Angaben zum psychischen Wohlbefinden beziehen sich auf die Altersgruppe der Drei- bis Sechsjährigen.

Anmerkungen: Psychisches Wohlbefinden (KINDL^{R}-Skalenwert) auf einer Skala von 0 bis 100 durch Aggregation der Einzelitems, wobei höhere Werte einem besseren psychischen Wohlbefinden entsprechen. Die Stichprobe umfasst 4 302 bis 4 313 minderjährige Kinder der befragten Personen bis einschließlich sechs Jahren. Gewichtete Werte.

Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland", zweite Befragungswelle (Beginn des Jahres 2023).

© DIW Berlin 2023

Knapp vier von fünf geflüchteten Kindern und Jugendlichen haben nach Angaben ihrer Eltern eine gute oder sehr gute Gesundheit.

Geflüchtete ukrainische Kinder bis einschließlich sechs Jahren besuchen zunehmend eine Kindertagesbetreuung (KiTa). Die geflüchteten Kinder und Jugendlichen erscheinen bei gleichzeitig gutem allgemeinen Gesundheitsstand auch psychisch etwas stabiler. Ihr psychisches Wohlergehen hat sich im Vergleich zur Befragung aus dem Spätsommer 2022 für alle Altersgruppen verbessert, liegt aber weiterhin unter den Normwerten von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Die Bleibeabsichten ukrainischer Geflüchteter haben sich vor dem Hintergrund des weiter anhaltenden Kriegsgeschehens verstetigt, mit leichten Zunahmen bei den Personen, die für immer (29 Prozent) oder noch für einige Jahre (15 Prozent) in Deutschland bleiben wollen. Nur wenige der ukrainischen Geflüchteten haben Deutschland wieder verlassen. Für diejenigen, die in Deutschland geblieben sind, hat sich deren Wohnsituation insgesamt verbessert.

Insbesondere beim Deutscherwerb sowie bei Sprachkursbesuchen zeichnet sich eine deutliche Weiterentwicklung ab: Zu Beginn des Jahres 2023 haben bereits drei von vier ukrainischen Geflüchteten einen oder mehrere Deutschkurse besucht oder abgeschlossen, am häufigsten einen Integrationskurs. Rund zwei Drittel nehmen zu diesem Zeitpunkt an einem Sprachkurs teil. Auch wenn sich der Abschluss von Sprachkursen und die Verbesserung der Deutschkenntnisse mittel- und langfristig positiv auf die Erwerbstätigkeitschancen auswirken dürften, verbinden sich damit auch kurzfristig „Lock-in"-Effekte. Dies könnte einer der Gründe sein, warum die Erwerbstätigkeitsquote zwischen den beiden Wellen nur geringfügig gestiegen ist. Gleichzeitig zeigen sich sehr hohe Erwerbsabsichten. Mit der noch niedrigen Erwerbstätigkeitsquote sind im Vergleich zur deutschen Bevölkerung entsprechend auch deutlich niedrigere Haushaltsnettoeinkommen verbunden.

Die Prozesse des Ankommens und der gesellschaftlichen Teilhabe verlaufen jedoch nicht bei allen Geflüchteten gleich, sondern es zeigen sich deutliche Gruppenunterschiede. Für den Wunsch, für immer in Deutschland zu bleiben, sind vor allem die Partnerschaftskonstellation sowie die soziale Integration bedeutend. Beim Erwerb von deutschen Sprachkenntnissen, dem Sprachkursbesuch sowie der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit spielt neben anderen Faktoren die Familiensituation eine besonders wichtige Rolle. Geflüchtete Mütter mit Kleinkindern weisen niedrigere Deutschkenntnisse auf, haben bislang seltener einen Sprachkurs besucht und sind seltener erwerbstätig. Für den Spracherwerb spielen darüber hinaus auch die Bleibeabsichten eine Rolle.

Auf Basis dieser Analysen lassen sich für die Politik drei Empfehlungen ableiten: Erstens ist für die soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe insbesondere der großen Gruppe von ukrainischen Müttern ein entsprechendes Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder von zentraler Bedeutung, damit vor allem die Mütter Sprachkurse besuchen und eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können.

Zweitens zeichnet sich bereits ab, dass sich gerade bei der nicht kleinen Gruppe an Geflüchteten mit längerfristigen Bleibeabsichten (44 Prozent) die Frage nach einer Regelung ihres Aufenthalts über den März 2024 hinaus stellen wird. Hier ist die Bundesregierung zusammen mit ihren europäischen Partnern gefragt, schnell über die Verlängerung des vorübergehenden Schutzes zu entscheiden oder andere längerfristige Aufenthaltsperspektiven zu schaffen. Gerade vor dem Hintergrund, dass ein deutlicher Teil der ukrainischen Geflüchteten beabsichtigt längerfristig in Deutschland zu bleiben, ist das zentral. Investitionen in die Integration wie auch in Beschäftigungsverhältnisse setzen Planungs- und Rechtssicherheit und verlässliche Aufenthaltsperspektiven voraus.

Drittens sollten Bund, Länder und Kommunen weiterhin ausreichende Mittel für Integrationsprogramme, Bildung und Ausbildung sowie Kinderbetreuung zur Verfügung stellen.

Herbert Brücker ist Leiter des Forschungsbereichs Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Humboldt-Universität zu Berlin | herbert.bruecker@iab.de

Andreas Ette ist Leiter der Forschungsgruppe Internationale Migration am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) | andreas.ette@bib.bund.de

Markus M. Grabka ist Mitglied des Direktoriums der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin | mgrabka@diw.de

Yuliya Kosyakova ist Leiterin des Forschungsbereichs Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung im IAB und Professorin für Migrationsforschung an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg | yuliya.kosyakova@iab.de

Wenke Niehues ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungszentrum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) | wenke.niehues@bamf.bund.de

Nina Rother ist Leiterin des Forschungsfeldes Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt am BAMF-FZ | nina.rother@bamf.bund.de

C. Katharina Spieß ist Direktorin des BiB und Professorin für Bevölkerungsökonomie an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz | direktorin@bib.bund.de

Sabine Zinn ist Vize-Direktorin des SOEP im DIW Berlin und Professorin für Sozialwissenschaftliche Methoden an der Humboldt-Universität zu Berlin | szinn@diw.de

Martin Bujard ist Forschungsdirektor für den Bereich Familie und Fertilität am BiB und Professor für Medizinische Soziologie und Familiensoziologie an der Universität Heidelberg| martin.bujard@bib.bund.de

Jean Philippe Décieux ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am BiB | jean.decieux@bib.bund.de

Amrei Maddox ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am BAMF-FZ | amrei.maddox@bamf.bund.de

Sophia Schmitz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am BiB | sophia.schmitz@bib.bund.de

Silvia Schwanhäuser ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung am IAB | silvia.schwanhaeuser2@iab.de

Manuel Siegert ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am BAMF-FZ | manuel.siegert@bamf.bund.de

Hans Walter Steinhauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des SOEP im DIW Berlin | hwsteinhauer@diw.de

JEL: D31, I31, J31

Keywords: Ukrainian refugees, labor market participation, income, language acquisition, intention to stay, integration, health of children, child care

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 28+29/2023:

www.diw.de/diw_weekly

INTERVIEW

„Ukrainische Geflüchtete brauchen schnell Planungssicherheit in Deutschland“

Markus M. Grabka, Mitglied des Direktoriums der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin

1. **Herr Grabka, seit Beginn des Krieges in der Ukraine sind viele Menschen von dort nach Deutschland geflüchtet. Wie viele Menschen sind das und was wissen Sie über die Bleibeabsichten dieser Geflüchteten?** Seit Beginn des russischen Angriffskrieges im Februar 2022 sind rund eine Million Menschen aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet. Bereits im vergangenen Spätsommer haben wir diese Menschen erstmals im Rahmen unserer Erhebung befragt und zu Beginn des Jahres 2023 dann ein weiteres Mal. Dabei ist der Anteil derjenigen, die sagen, dass sie für immer oder zumindest einige Jahre in Deutschland bleiben wollen, von 39 auf 44 Prozent gestiegen.

2. **Wovon hängt es ab, ob eine geflüchtete Person in Deutschland bleiben oder wieder in die Ukraine zurückkehren will?** Familiäre Aspekte sind hier besonders relevant, zum Beispiel, ob ein Kind oder der Partner noch in der Ukraine lebt. Wenn diese Konstellation vorliegt, ist die Bleibetendenz entsprechend geringer. Wichtig ist auch, ob diese Menschen hier schon regelmäßige Kontakte mit Deutschen haben und bereits in der Lage sind, deutsch zu sprechen oder zu lesen, was natürlich die Bleibeperspektive vereinfacht.

3. **Wie ist es denn um die Sprachkenntnisse der Geflüchteten aus der Ukraine bestellt?** Hier ist der Befund positiv. Wenn man nach den selbst eingeschätzten Sprachkenntnissen fragt, hatten noch im Spätsommer des vergangenen Jahres 41 Prozent der Geflüchteten angegeben, dass sie der deutschen Sprache gar nicht mächtig sind. Dieser Wert hat sich bis Beginn des Jahres 2023 mehr als halbiert und betrug nur noch 18 Prozent.

4. **Wo sind die Geflüchteten aus der Ukraine bislang untergekommen?** Die mit 79 Prozent weitaus große Mehrheit der ukrainischen Geflüchteten ist in einer privaten Unterkunft untergekommen. Nur ein geringer Teil lebt noch in einer Pension, einem Hotel oder in Gemeinschaftsunterkünften.

5. **Wie viele der erwerbsfähigen Geflüchteten gehen einer Erwerbstätigkeit nach?** Unter den 18- bis 64-jährigen Geflüchteten liegt der Anteil derjenigen, die derzeit einer Erwerbstätigkeit nachgehen, bei 18 Prozent. Das ist ein recht erfreulicher Wert, da diese Menschen ja bislang erst ein Jahr in Deutschland verbracht haben. Und die Erwerbsabsichten sind sehr hoch, die meisten der Geflüchteten wollen nach Abschluss ihrer Sprachkurse kurzfristig erwerbstätig werden.

6. **Wie gut gelingt die Betreuung der Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine?** Das ist ein sehr wichtiges Thema, weil die große Mehrheit der ukrainischen Geflüchteten Frauen sind – viele von ihnen haben minderjährige Kinder. Von den Drei- bis Sechsjährigen besuchen immerhin bereits 60 Prozent eine Kinderbetreuungseinrichtung, aber unter den zwei- und dreijährigen Kindern sind die Anteile mit 16 beziehungsweise gut 40 Prozent deutlich niedriger.

7. **Wo sehen Sie den größten Handlungsdruck, um die Situation der geflüchteten Ukrainer*innen in Deutschland zu verbessern?** Wichtig wäre ein besseres Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen für geflüchtete Menschen, damit vor allen Dingen die Mütter die Gelegenheit haben, an Integrations- und Sprachkursen teilzunehmen, um in der Folge auch erwerbstätig sein zu können. Zweitens ist die längerfristige Perspektive eine Herausforderung, da die ukrainischen Geflüchteten im Rahmen des sogenannten vorübergehenden Schutzes derzeit nur bis März 2024 Planungssicherheit haben. Was darüber hinaus mit ihnen passiert, ist politisch derzeit noch nicht klar. Daher ist die Politik gefordert, hier so schnell wie möglich Planungssicherheit zu schaffen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.

Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf **www.diw.de/interview**

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2023-28-2

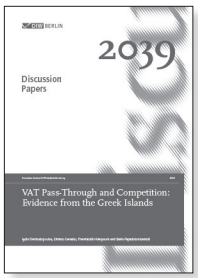
Discussion Papers Nr. 2038
2023 | Gert G. Wagner

Zur Geschichte des „arbeitnehmernahen“ und „keynesianisch“ geltenden Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) seit den 50er Jahren

Für das im Jahr 2025 stattfindende 100-jährige Jubiläum des DIW Berlin und dessen Geschichte ist die hier vorgelegte Dokumentation eines 1999 geführten Gesprächs zwischen den ehemaligen DIW-Abteilungsleitern Fritz Franzmeyer und Reinhard Pohl einerseits und Gert G. Wagner andererseits von Interesse, das die Frage thematisiert, warum das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) in der Öffentlichkeit seit Jahrzehnten als „arbeitnehmernah“ und „keynesianisch“ etikettiert wurde. Die Dokumentation wurde bislang nicht veröffentlicht; die vorliegende Fassung wurde auf Basis eines eingescannten Ausdrucks im Mai 2023 fertiggestellt; inhaltliche Änderungen wurden nicht vorgenommen.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 2039
2023 | Lydia Dimitrakopoulou, Christos Genakos, Themistoklis Kampouris, Stella Papadokonstantaki

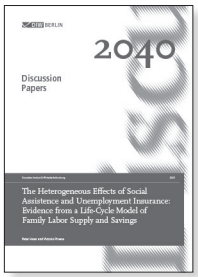


VAT Pass-Through and Competition: Evidence from the Greek Islands

We examine how competition affects VAT pass-through in isolated oligopolistic markets as defined by the Greek islands. Using daily gasoline prices and a difference-in-differences methodology, we investigate how changes in VAT rates are passed through to consumers in islands with different market structure. We show that pass-through increases with competition, going from 50% in monopoly to around 80% in more competitive markets, but remains incomplete. We also discover a rapid rate of adjustment for VAT changes, as well as a positive relationship between competition and the rate of price adjustment. Finally, we document higher pass-through for products with more inelastic demand.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 2040
2023 | Peter Haan, Victoria Prowse

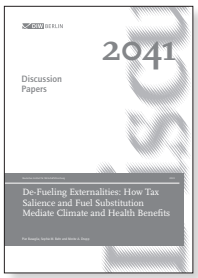


The Heterogeneous Effects of Social Assistance and Unemployment Insurance: Evidence from a Life-Cycle Model of Family Labor Supply and Savings

We empirically analyze the heterogeneous welfare effects of unemployment insurance and social assistance. We estimate a structural life-cycle model of singles' and married couples' labor supply and savings decisions. The model includes heterogeneity by age, education, wealth, sex and household composition. In aggregate, social assistance dominates unemployment insurance; however, the opposite holds true for married men, whose leisure time declines more than that of their spouses when unemployment insurance is reduced. A revenue-neutral rebalancing of social support away from unemployment insurance and toward social assistance increases aggregate welfare. Income pooling in married households decreases the welfare value of social assistance.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 2041
2023 | Pier Basaglia, Sophie Behr, Moritz A. Drupp

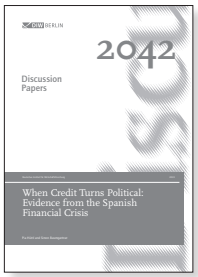


De-Fueling Externalities: How Tax Salience and Fuel Substitution Mediate Climate and Health Benefits

This paper is the first to investigate the effectiveness of fuel taxation to jointly deliver climate and health benefits in a quasi-experimental setting. Using the synthetic control method, we compare carbon and air pollutant emissions of the actual and synthetic German transport sector following the 1999-2003 German eco tax reform. We demonstrate sizable average reductions in CO2 (12%), PM2.5 (10%) and NOX (6%) emissions between 1999 and 2009 across a range of specifications. Using official cost estimates, we find that the eco-tax saved more than 40 billion euros of external damages. More than half of the reductions in external damages are health benefits, highlighting the importance of accounting for co-pollution impacts of carbon pricing. Our fuel and emission specific tax elasticity estimates suggest much stronger demand responses to eco tax increases than to market price movements, primarily due to increases in tax salience, which we measure using textual analysis of newspapers. We further show that gasoline-to-diesel substitution substantially mediates the trade-off between climate and health benefits. Our results highlight the key roles of tax salience and fuel-substitution in mediating the effectiveness of fuel taxes to reduce climate and health externalities.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 2042
2023 | Pia Hüttl, Simon Baumgartner

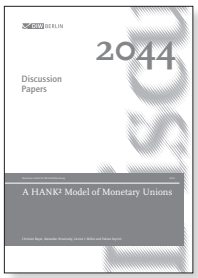


When Credit Turns Political: Evidence from the Spanish Financial Crisis

This paper provides causal evidence on the effect of credit crunches on political polarization. We combine data on bank-firm connections and electoral outcomes at the city-level during the 2008-2014 Spanish Financial Crisis. First, we show that firms in a relationship with weak banks experience a reduction in their loan supply and employment growth. Next, we estimate the effects of unemployment on voting behaviour. We construct an instrument for unemployment based on the city-level exposure to foreign weak banks. We find that a one standard deviation increase in instrumented unemployment translates into a 7 percentage increase in the polarisation of voters.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 2044
2023 | Christian Bayer, Alexander Kriwoluzky, Gernot J. Müller, Fabian Seyrich



A HANK2 Model of Monetary Unions

How does a monetary union alter the impact of business cycle shocks at the household level? We develop a Heterogeneous Agent New Keynesian model of two countries (HANK2) and show in closed form that a monetary union shifts the adjustment to a shock horizontally—across countries—within the brackets of the union-wide wealth distribution rather than vertically—that is, across the brackets of the union-wide wealth distribution. Calibrating the model to the euro area reveals that a monetary union alters the impact of shocks most strongly in the tails of the wealth distribution but leaves the middle class almost unaffected.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

KATHARINA WROHLICH

Kürzt das Ehegattensplitting statt das Elterngeld!

Katharina Wrohlich, Leiterin der Forschungsgruppe Gender Economics im DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Beim Elterngeld wird der Rotstift angesetzt: Zwar bleibt die Höhe der Lohnersatzleistung gleich, die Einkommensobergrenze soll aber von 300 000 zu versteuerndem Jahreseinkommen (für Paare) auf 150 000 Euro gesenkt werden. Das Familienministerium schätzt, dass dadurch etwa 60 000 Haushalte weniger Elterngeld beziehen werden und sich so knapp 300 Millionen Euro pro Jahr einsparen lassen.

Der Aufschrei darüber ist groß. Das verwundert nicht, denn das Elterngeld ist sehr beliebt. Nahezu alle Eltern von Kindern im ersten Lebensjahr beantragen Elterngeld. Zahlreiche Studien haben zudem positive Effekte des Elterngeldes nachgewiesen. Beispielsweise sind Mütter mit Kindern im zweiten und dritten Lebensjahr seit seiner Einführung im Jahr 2007 häufiger erwerbstätig, ihre Löhne nach der Elternzeit sind höher als früher und die Beteiligung von Vätern an der Elternzeit ist gestiegen.

Allerdings sind Reformen beim Elterngeld dringend notwendig: Erstens müssten der Minimumbetrag von 300 Euro und der Höchstbetrag von 1800 Euro nach über 16 Jahren endlich angehoben werden. Zweitens wäre eine Ausweitung der Partnermonate wichtig, damit es zu einer gleichmäßigeren Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Müttern und Vätern kommt.

Mitten in diese Diskussion hinein kommt nun die Nachricht der Senkung der Einkommensobergrenze und die damit einhergehende Einschränkung des Kreises der Anspruchsberechtigten. Ist das schlimm? Aus sozialpolitischer Sicht eher nicht: Die Betroffenen sind nicht sozial bedürftig, ganz im Gegenteil: Sie befinden sich in den obersten vier bis fünf Prozent der Einkommensverteilung. Allerdings war das Elterngeld nie als Sozialleistung gedacht. Seine wesentlichen Ziele waren, die ökonomische Eigenständigkeit beider Elternteile zu ermöglichen sowie die Väterbeteiligung an der Elternzeit zu steigern. Für diese gleichstellungspolitischen Ziele ist die Senkung der Einkommensgrenze kein gutes Signal.

Die Frage ist, welche direkten Folgen diese Sparmaßnahme haben wird. Für Elternteile mit sehr hohen Einkommen ersetzt der Maximalbetrag von 1800 Euro pro Monat bereits jetzt nur einen geringen Teil des Nettoeinkommens. Das Elterngeld dürfte für diese Gruppe also schon bisher vermutlich keine große Rolle in den Überlegungen zur Aufteilung der Elternzeit gespielt haben. Es ist aber keine Seltenheit, dass bei sehr hohen Haushaltseinkommen die Partner*innen ungleich verdienen: Für den Elternteil, für den künftig der individuelle Anspruch auf das Elterngeld aufgrund der gemeinsamen Einkommensgrenze wegfällt, kann durch die Sparmaßnahme eine finanzielle Abhängigkeit vom Partner entstehen, die das Elterngeld eigentlich abbauen wollte. Kurzum: Aus gleichstellungspolitischer Sicht ist die Einsparung beim Elterngeld „keine Glanzleistung", wie auch die zuständige Ministerin Lisa Paus sagt.

Wenn schon gespart werden muss, so gäbe es eine in mehrerlei Hinsicht bessere Option: Statt des Elterngeldes sollte beim Ehegattensplitting gekürzt werden. Dem Ehegattensplitting wurde bereits im Rahmen der Gesamtevaluation aller ehe- und familienorientierten Leistungen im Jahr 2013 bescheinigt, die meisten Ziele der Familienpolitik nicht zu erfüllen, vor allem nicht die gleichstellungspolitischen. Zahlreiche Institutionen haben sich in den letzten Jahren immer wieder zu Wort gemeldet und auf die negativen Auswirkungen des Ehegattensplittings hingewiesen, insbesondere auf die Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen. Etwa die EU-Kommission oder die OECD haben Deutschland hier immer wieder zu Reformen aufgerufen. Viele Vorschläge dazu liegen seit langem auf dem Tisch, zum Beispiel vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), vom ifo Institut, dem RWI, dem Internationalen Währungsfonds oder dem wissenschaftlichen Beirat im Bundesfinanzministerium. Selbst eine moderate Reform, die den Splittingvorteil nur für besonders hohe Einkommen beschränken würde, brächte Einsparungen in Höhe von mehreren Milliarden Euro – und somit mehr als das Zehnfache der beim Elterngeld geplanten Einsparungen. Zudem wäre das ein wichtiger Schritt für die Gleichstellungspolitik – im Gegensatz zu den Einsparungen beim Elterngeld.

Dieser Kommentar erschien am 6. Juli in längerer Fassung im Tagesspiegel.

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2023-28-3